

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/102

Bonn, den 2. Juni 1989

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite</u> | | <u>Zeilen</u> |
|--------------|---|---------------|
| 1 - 1a | <u>Nicht nur Karboösch...</u> Zu den Spannungen zwischen den Koalitions-Partnern | 70 |
| 2 | <u>F R A N K R E I C H</u> Nach dem ersten Wahlgang | 44 |
| 3 | <u>Gegen die Bremsen</u> Deutliche Sprache auf der Angestelltenkonferenz der SPD in Hamburg | 43 |
| 4 - 4a | <u>Frauen im Berufsleben</u> Gleicher Lohn für gleiche Arbeit Von Paul Neumüller | 56 |
| 5 | <u>Kieler Landtag</u> SPD-Vorschläge zur Parlamentsreform | 43 |
| 6 | <u>Jugoslawiens neue Regierung</u> Ein Kabinett der Technokraten Von Hans Peter Rullmann, Belgrad | 47 |

Nicht nur Kambodscha...

Zu den Spannungen zwischen den Koalitions-Partnern

sp - Steht eine innenpolitisch dramatische Woche bevor? Vier Monate vor den Bundestagswahlen ist es um das Verhältnis zwischen den die Regierung der Großen Koalition tragenden Parteien nicht allzu gut bestellt. Es geht, um es gleich vorweg zu sagen, n i c h t um Kambodscha, das mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR einen unfreundlichen Akt gegenüber der Bundesrepublik beging. Das Bundeskabinett wird auf seiner Mittwochssitzung endgültig dazu Stellung nehmen, wobei die immerhin noch einstimmig angenommene Erklärung des Bundeskabinetts vom vergangenen Freitag über die Bonner Deutschland- und Friedenspolitik genügend Raum für eine flexible Behandlung dieser leidigen Frage gibt. Die Erklärung, die allen Staaten der Welt übermittelt wird, lockert die Hallstein-Doktrin auf und schafft für die deutsche Außenpolitik mehr Bewegungsfreiheit. Im Falle Kambodscha jedoch drängen einflussreiche Kräfte innerhalb der Unions-Parteien auf die Statuierung eines Exempels der Stärke; sie sagen zwar Kambodscha, haben jedoch etwas ganz anderes im Sinn. Sie wollen damit den Außenminister und Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschland, Willy Brandt, persönlich treffen und ihm zeigen, was eine Marke ist.

Hier wird ein Dilemma offenbar, das die innerpolitische Lage zu verdüstern droht und die Gefahr einer möglichen Handlungsunfähigkeit der Bundesregierung heraufbeschwört. Zu registrieren ist eine zunehmende Scheu der Unions-Parteien vor sachlicher Auseinandersetzung und das Bestreben, notwendige Gesetzesvorhaben auf die lange Bank zu schieben. Der Blick durch die Parteibrille ersetzt den Blick für das Ganze. Vorgefaßte Meinungen beherrschen bei der CDU/CSU das Feld, der Sachverstand beginnt bei ihr an Überzeugungskraft zu verlieren, wird als unangenehm und lästig gefunden.

Eine vorgefaßte Meinung entschied auch über die von den Unionsministern abgelehnte Aufwertung der EM, obwohl Bundeswirtschaftsminister Schiller eine Phalanx von Sachverständigen, an keine Parteipolitik gebunden, für sich anführen konnte. Aber dies eben zählte nicht. Andere, nicht auf die Sache bezogenen Gründe gaben den Ausschlag.

Auf der Tagesordnung deutscher Innenpolitik stehen z.B. an: Die Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfalle, die Rahmengesetze für das Inkrafttreten der Gemeindefinanzreform, das Städtebau-Förderungsgesetz, dessen Verzögerung offensichtlich erfolgt, weil dieses so wichtige Gesetz von einem sozialdemokratischen Minister für Wohnungs- und Städtebau eingebracht wurde, und ein verabschiedungsreifes Publizitätsgesetz, das Kapitalgesellschaften zur Offenlegung ihrer Bilanzen zwingen soll, ganz zu schweigen vom Hin und Her um die Aufhebung der Verjährungsfrist für Mord und Völkermord. Hier tun sich gewisse Kreise in der CDU/CSU besonders zimperlich; sie haben sogar die Absicht, den Urteilsspruch des Berliner Fünften Bundessenats, der Entscheidungen auf diesem Gebiet erleichtert, noch mehr zu verwässern.

Die Regierung der Großen Koalition hat gewiß Großes und Bleibendes geleistet, jetzt, vier Monate vor den Wahlen zum Sechsten Deutschen Bundestag, steckt sie in einer Gefahrenzone, verursacht durch die Haltung der Unions-Parteien. Man will die Sozialdemokraten madig machen, in der Hoffnung, parteiegoistische Vorteile zu erreichen.

Schlecht wären die Sozialdemokraten beraten, ließen sie sich dadurch beirren. An ihnen liegt es nicht, wenn notwendige, für das Allgemeinwohl des Bürgers wichtige Gesetzesvorhaben im Getriebe der wahltaktischen Überlegungen der Unions-Parteien stecken bleiben sollten. Die SPD steht zum Regierungsprogramm, von dem manche Kräfte der CDU/CSU nun abrücken möchten.

Diese viel Explosivstoff enthaltene Woche dürfte zeigen, wohin der Weg bis zu den Bundestagswahlen führt. Nicht zu verkennen ist, daß es auch bei den Unions-Parteien besonnene Männer und Frauen gibt, die wissen, was auf dem Spiele steht und was verantwortet oder nicht verantwortet werden kann. Werden sie sich durchsetzen?

Es geht wirklich nicht nur um Kambodscha, es geht um die Funktionsfähigkeit der Regierung. Zum Wahlkarpf, sollte man meinen, ist immer noch Zeit genug. Die Beweise von vermeintlicher Stärke, die die CDU/CSU durch eine Zurschaustellung von Trotz und Übermut liefern wollen, sind wirklich nicht angebracht. Ein solches Verhalten kann sogar ins eigene Auge gehen.

F R A N K R E I C H

Nach dem ersten Wahlgang

sp - Das Ergebnis des ersten Wahlganges zur französischen Präsidentschaftswahl läßt erkennen, daß ein verhältnismäßig hoher Prozentsatz der Bürger unseres westlichen Nachbarlandes zunächst einmal die Fortsetzung einer gemäßigten gaullistischen Politik zu wünschen scheint. Anders ist der Vorsprung des früheren gaullistischen Ministerpräsidenten Pompidou gegenüber den anderen Kandidaten nicht zu erklären.

Die Kommunisten haben davon profitiert, daß sich die demokratische Linke nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen konnte. Trotz der Ereignisse in der CSSR können Frankreichs Kommunisten sagen, daß ihre Anhängerschaft seit Jahren ein kompakter Block geblieben ist, mit dem auch die nichtkommunistische Linke rechnen muß, wenn sie den Gaullismus tatsächlich überwinden will.

Hier nun beginnt das Dilemma aller nichtkommunistischen Parteien links von den Gaullisten. Wenn sie sich mit den Kommunisten im zweiten Wahlgang für Poher einsetzen, ist es durchaus möglich, daß bürgerliche Wähler, die im ersten Wahlgang für Poher gestimmt haben, dann dem Kandidaten Pompidou ihre Stimme geben. Sie würden in diesem Falle zum Ausdruck bringen wollen, daß sie nicht einen von den Kommunisten direkt oder indirekt unterstützten Präsidenten wünschen. Empfohlen die Kommunisten ihren Anhängern die Stimmenthaltung, könnte Poher sicher mit einem Stimmenzuwachs sowohl aus dem Lager der nichtkommunistischen Linken als auch von den Randschichten des kommunistischen Wählerblocks vom ersten Wahlgang rechnen. Ob dies jedoch ausreicht, um Pompidou schlagen zu können, ist gewiß nicht vorauszuberechnen.

So wie die Dinge im Augenblick sind, darf man davon ausgehen, daß bis zum 15. Juni, dem Tag des zweiten Wahlgangs, Pompidou und Poher versuchen werden, sich als "Wahrer der Einheit der Nation" zu präsentieren. Mit Gewißheit werden beide Kandidaten sagen, nur ihre Wahl biete die Gewähr dafür, daß sich die Linke und die Rechte in Frankreich miteinander aussöhnen könnten. Sicher wird man hierbei mehr als bisher die innenpolitischen Probleme Frankreichs in den Vordergrund stellen, zumal besonders die französische Wirtschaft und das ganze Sozialgefüge den französischen Wähler im Augenblick mehr interessiert, als alles andere.

In Frankreich ist es seit jeher schwieriger als in anderen Ländern gewesen, annähernd richtige Voraussagen für das Verhalten der Wähler zu machen. In der Bundesrepublik wäre man gut beraten, wenn man sich gerade jetzt größter Zurückhaltung in der Beurteilung des einen oder anderen Kandidaten befleißigen würde. Der deutsch-französische Freundschaftsvertrag ist und bleibt die Grundlage des deutsch-französischen Verhältnisses; mit diesem oder mit jenem Präsidenten.

Gegen die Bremser

Deutliche Sprache auf der Angestelltenkonferenz der SPD

cht - Aus dem Bundeskanzleramt kam ein Brief. Er enthielt - unter dem Datum vom 3. April 1969 - eine Antwort an einen örtlichen Vorsitzenden der Deutschen Angestelltengewerkschaft, (DAG) der seinerseits in einem Schreiben an den Bundeskanzler auf die Dringlichkeit des Wegfalls der Pflichtversicherungsgrenze für Angestellte hingewiesen hatte. Nun konnte man lesen - "der Chef des Bundeskanzleramtes, i.A. gez. Grimm" -:

- In unserer Wirtschaftsordnung hat auch die private Krankenversicherung ihre Daseinsberechtigung... Würde die Versicherungspflichtgrenze beseitigt oder wesentlich erhöht, so hätte dies
- für die private Krankenversicherung existenzbedrohende Folgen...
- Wäre ein Ärgernis insbesondere der Heilberufe..."

Die rund 700 Delegierten der zentralen Angestellten-Konferenz der SPD in Hamburg, denen dieser Text am Wochenende vom Briefempfänger zur Kenntnis gebracht wurde, staunten nicht einmal. Solche Antworten kannten sie. Wie ein roter Faden zog durch die Diskussionen und Referate dieser Tagung die Klage über die Doppelzüngigkeit der christlich-demokratischen Sozialpolitik. Hatte schon Helmut Schmidt freundliche Worte für Bundesarbeitsminister Katzner (CDU) gefunden und gleichzeitig bedauert, daß dieser sich aussichtslos in der falschen Partei bemühe, so wies Herbert Wehner auf die führenden Leute der Union hin, die sich bei Gelegenheit von den Delegierten des CDU-Arbeitnehmerflügels beklatschen ließen, um dann bei anderer Gelegenheit mit gegenteiligen Erklärungen den Beifall der Mittelständler einzuheimsen. Schließlich Bundeswirtschaftsminister Schiller, der sich erneut gegen das zynische Spiel seines Kabinettskollegen Schmöckler und anderer Unions-Wirtschaftspolitiker wandte, mit Rezession und Arbeitslosigkeit als "normalen Mitteln der Konjunkturpolitik" zu winken.

Neben offenen Verletzungen des Regierungsprogramms durch Unions-Minister wurde ein weiterer Sachverhalt in den Diskussionsbeiträgen immer wieder beleuchtet: Die zunehmend bremsende Rolle der Unions-Parteien bei wichtigen Entscheidungen der Sozial- und Gesellschaftspolitik, für deren abschließende Behandlung die noch verbleibenden Arbeitswochen des Bundestages durchaus Raum böten. Wichtige Schützenhilfe bekam die SPD-Bundestagsfraktion für ihre entschlossenen Bemühungen um einen spürbaren "Einstieg" in den Abbau der Pflichtversicherungsgrenze für Angestellte durch eine an die Bundestagsfraktionen gerichtete Entschließung, in der die in Hamburg versammelten Betriebsräte den völligen Abbau dieser Grenze verlangten. Helmut Schmidt ließ keinen Zweifel daran, wie ernst seine Fraktion in den kommenden Tagen hierüber mit den Unionsparteien sprechen wird und welche grundsätzliche Bedeutung sie der Lösung dieses Problems beimißt.

+ + +

Frauen im Berufsleben

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Von Paul Neumüller

Bei einer SPD-Frauenkonferenz in Berlin forderte die SPD-Abgeordnete R e n g e r die Bildung einer Kommission mit der Aufgabe, die Aufstiegs- und Berufschancen der Frau genau "unter die Lupe" zu nehmen. Die Abgeordnete sagte, die Frauen seien in den verschiedenen Gremien der Gesellschaft unterrepräsentiert. Die berufstätige Frau bleibe fast immer in den unteren Positionen, Männer würden bei Beförderungen vorgezogen. Auch würden die Frauen nicht den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit erhalten.

Es ist erfreulich, daß nun auch öffentlich zur Sprache kommt, was vielfach zu Hause, im Büro, in den Betrieben und sogar am Bier-tisch diskutiert wird. Hoffentlich wird die von der SPD-Abgeordneten Renger geforderte Kommission - paritätisch mit Männern und Frauen besetzt - bald ins Leben gerufen. Aufgaben und Probleme gibt es noch immer in Hülle und Fülle.

Natürlich dürfen bei der Betrachtung der Gleichstellung der Frau verschiedene Punkte nicht unbeachtet bleiben. Trotz Grundgesetz-garantie "Männer und Frauen sind gleichberechtigt" gibt es eben doch biologische Unterschiede, die für Frauen teilweise im Berufsleben hemmend sind, ihnen aber auf der anderen Seite auch Vorteile oder besonderen gesetzlichen Schutz bieten, wie z.B. der freie Hausfrauen-nachmittag oder das Mutterschutzgesetz.

Obwohl die Gleichberechtigung der Frau schon eine alte SPD-Forderung ist, konnte diese nur sehr zögernd und schrittweise in die Tat umgesetzt werden.

Aber als unsere Frauen besonders im letzten Krieg und in den schweren Nachkriegsjahren bewiesen haben, daß sie "ihren Mann" stehen können, war auch die gesetzlich verankerte Gleichberechtigung

nicht mehr aufzuhalten.

Viele Frauen werden sich noch gut daran erinnern können, daß es noch garnicht allzu lange her ist, daß der Gesetzgeber nach dem Motto handelte "die Frau sei untertan ihrem Manne". Der Mann bestimmte den Wohnsitz der Familie, hatte das volle Elternsorgerecht über die Kinder, verwaltete das Vermögen seiner Frau, konnte ihren Arbeitsvertrag kündigen und vieles mehr.

Obwohl heute schon vieles anders geworden ist, werden die Frauen vom "starken" männlichen Geschlecht noch nicht immer als gleichberechtigte Partner anerkannt. Denken wir doch nur einmal an die weiblichen Autofahrer: "Natürlich eine Frau am Steuer..." usw. Dabei beweist gerade die Statistik, daß Frauen weniger Autounfälle verursachen als die Männer, die dies natürlich nicht gerne hören.

Im Berufsleben ist es oft ähnlich. Frau Renger hat nicht Unrecht mit ihrer Behauptung, daß die Frauen noch immer unterrepräsentiert sind. Es mag hierfür zwei ganz unterschiedliche Gründe geben.

1. Die Frauen bilden im Berufsleben die Minderheit und werden von den Männern vielfach bewußt oder unbewußt "unterdrückt".
2. Eine große Zahl von Frauen weiß mit der Gleichberechtigung noch nichts anzufangen und läßt die Männer ohne Widerrede entscheiden und dominieren.

Aber an unserer weiblichen Jugend merken wir bereits, daß sich auch in dieser Beziehung schon vieles geändert hat. Natürlich wäre es sehr zu wünschen, daß sich künftig auch die Frauen intensiver mit unseren gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Problemen befassen und somit mitbestimmend in den täglichen Lebensablauf eingreifen. Zum Nutzen unserer Gemeinschaft sollte aber auch mancher Mann den Frauen gegenüber toleranter werden und auf deren gleichberechtigte Mitarbeit nicht verzichten.

Kieler Landtag

SPD-Vorschläge zur Parlamentsreform

nn.- Die sozialdemokratische Landtagsfraktion des schleswig-holsteinischen Abgeordnetenhauses hat ein Programm zur Parlamentsreform vorgelegt. Dieses Programm geht nicht von äußeren Formen aus sondern wünscht, daß das Parlament seine Kontrollfunktion effektiver ausüben und sich dem Bürger gegenüber in größerer Transparenz darbieten soll.

Hoffentlich entschließen sich die Regierungsparteien CDU und FDP dazu, einer konsequenten Parlamentsreform zu folgen, damit der Landtag nicht künftig nur als verlängertes Arm der Regierung erscheint.

Die Sozialdemokraten wünschen, daß die Zahl der Fachausschüsse vermindert, aber wegen der Wichtigkeit auch ein Rechtseusschuß und ein Ausschuß für Landesplanung und Rangordnung gebildet werden. Es geht ihnen vor allem um die Schaffung eines Minderheitenrechts zur Herbeiführung eines öffentlichen Anhörverfahrens. Dabei sollten die Hearings häufiger angewendet und leichter durchgesetzt werden können.

Um die Transparenz des Parlaments zu erhöhen, ist es nach Ansicht der SPD erforderlich, daß das Zwei-Drittel-Quorum für die Herstellung der Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen beseitigt wird. Ferner hat sich gezeigt, daß in der Fragestunde die Regierung oft in ihren Antworten den Fragen der Opposition ausweicht. Daher wünscht die SPD, daß in diesem Fall sofort eine aktuelle Stunde, in der debattiert werden kann, angeschlossen wird.

Die Rechtsstellung der Fraktionen muß endlich geklärt werden. Das Fraktionspersonal ist in die Landtagsverwaltung einzugliedern. Präsidium und Ältestenrat sind zu einem großen Präsidium zusammenzufassen, das nach d'Hondt besetzt wird. Daneben ist die Stellung des Landtagspräsidenten etwa in die Position des britischen Speakers auszubauen oder ein kollegiales kleines Präsidium zu bilden, das die Stellung der Vizepräsidenten stärkt.

Die weiteren Vorschläge laufen auf eine Verstärkung des Hilfsdienstes beim Landtag hinaus, damit die Fraktionen ihre Kontrollfunktion stärker wahrnehmen können. Der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst muß gegen politische Interventionen gesichert werden. Geboten ist auch eine bessere Koordination zwischen Landtags- und Fraktionshilfsdiensten.

Schließlich geht es der SPD bei ihrem Vorstoß zur Parlamentsreform um eine Verbesserung im Informationswesen. Ein innerer Informationsdienst über die Arbeit der Ausschüsse sollte regelmäßig herausgegeben werden. Informationen über nicht öffentliche Ausschusssitzungen sollten öfter und betonter an die Öffentlichkeit gelangen. Es ist ferner vonnöten, daß ein Film über die Arbeitsweise des Landtages und eine Broschüre über Funktion und Geschichte des Parlaments für Besuchergruppen und Nichtinformierte angefertigt werden.

Jugoslawiens neue Regierung

Ein Kabinett der Technokraten

Von Hans Peter Rulmann, Belgrad

Mirko Tepavac ist ein kluger und taktvoller Mann, der die Leute mit Glaschandschuhen anzufassen weiß, ein Mann von Kultur, der mit einer bekannten Schauspielerin verheiratet ist und, so könnte man sagen, eine Persönlichkeit, die eher im österreichisch-ungarischen Kulturkreis als auf dem Balkan wurzelt, denn er stammt aus der Wojwodina - sozusagen der rechte Mann, um künftighin die jugoslawische Außenpolitik führen zu können. Aber der ehemalige Direktor von Radio Belgrad hat es in der neuen jugoslawischen Regierung dennoch nicht leicht. Denn an der Spitze des neuen Kabinetts, das aus acht Ökonomen, sechs Juristen und vier Ingenieuren oder Technikern sowie weiteren Fachleuten besteht, wird ein sogenanntes inneres Kabinett stehen, dem der Außenminister Tepavac, der seine Karriere mit Hilfe der Partei machte, nicht angehören wird.

Leiter dieses inneren Kabinetts wird natürlich der neue Premierminister von Jugoslawien, Mitja Ribičić sein, der sich schon für eine Politik der starken Hand gegenüber allen Sonderinteressen in Kabinett und Bundesversammlung ausgesprochen hat.

Mitja Ribičić, ein in Triest geborener Slowene, verdankt seinen steilen Aufstieg in erster Linie der jugoslawischen Geheimpolizei, in der er jahrelang eine führende Rolle gespielt hat. Doch innerhalb des Apparates der UDBa, die in Slowenien INZ heißt, spielte Ribičić im Gegensatz zu seinem serbischen Chef und Widersacher Aleksander Ranković die Rolle des Liberalen, und es ist wesentlich ihm und seiner slowenischen Polizeiorganisation zu verdanken, daß Tito und Jugoslawien vor vier Jahren von Ranković befreit wurden.

Tito zeigte sich dafür erkenntlich und nominierte schon Monate vor den nun abgeschlossenen Wahlgängen den Mann aus einer slowenischen Schriftstellerfamilie zum neuen Regierungschef. Ribičić will sich im inneren Kabinett der neuen jugoslawischen Regierung jedoch gleich von drei Stellvertretern unterstützen lassen. Dabei handelt es sich um den mazedonischen Wirtschafts- und Finanz-Fachmann Aleksandar Grličko, der gegenwärtig Jugoslawien beim osteuropäischen "Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe", also dem COMECON, vertritt, zweitens um den ehemaligen Vizeaußenminister Miša Pavičević aus Montenegro, dem also der eingangs erwähnte Tepavac mehr oder minder unterstehen wird, und um den gegenwärtigen Gouverneur der jugoslawischen Nationalbank, Nikola Miljanić, der sich vor allem Fragen der jugoslawischen Binnenwirtschaft widmen dürfte.

Schon aus der Zusammensetzung dieses Überkabinetts sowie aus der der gesamten Regierung geht die vorwiegend auf ökonomische Fragen ausgerichtete Struktur der neuen jugoslawischen Bundesverwaltung hervor, die, wie gesagt, zum großen Teil aus Technokraten besteht. Außenpolitisch dürften die wichtigsten Entscheidungen allerdings nach wie vor, soweit sie nicht von Vizepremier Pavičević und Außenminister Tepavac gelöst werden, von Marschall Tito persönlich und seinem Beraterkreis, dem neugegründeten Exekutivbüro des "Bundes der Kommunisten Jugoslawiens", getroffen werden.